

Pädagogik in unfriedlicheren Zeiten

Die interkulturelle Erziehung und die Demokratiepädagogik sind, unter Gesichtspunkten politischer Herkunft, Geschwister. Aber wenn Geschwister älter werden, geschieht es manchmal, dass sie sich auseinanderleben. Das gilt besonders, wenn stürmischere, rauhere Zeiten heraufziehen. In den letzten sechs Jahren hat sich die Weltlage verändert, und mit der Veränderung treten neue Herausforderungen auf, die uns früher nicht so bewusst waren oder die wir nicht genügend ernst genommen haben. Alte Werte müssen sich an neuen Kriterien messen lassen, und sie erscheinen unter neuen Rahmenbedingungen in einem anderen Licht. Dieser Prozess bedarf der Diskussion und der intellektuellen Aufarbeitung. Einen Wertekonsens zu reklamieren reicht nicht; es bedarf einer Wertereflexion unter Einbeziehung aller Faktoren - auch der politisch-ideologischen. Die rein sozioökonomische Erklärung gesellschaftlicher Trends greift zu kurz, und sie verkennt den menschlichen Eigenwillen und die Befähigung des Menschen zur Autonomie. Denn der ist, laut Kant, bekanntlich „von krummem Holze“.

Der Geschwisterstatus der interkulturellen und der Demokratie-Erziehung liegt auf der Hand. Beide zentrieren sich um einen spezifischen Wertekern, der sich aus der Negation einer furchtbaren Geschichte und aus der Abkehr von der Vorstellung einer geschichtlichen Mission gebildet hat. Beide gehen auf die kritische Bewusstmachung von Defiziten unserer demokratischen Gesellschaft zurück. Sie fragen danach, ob und wieweit die Benachteiligung eines Menschen wegen seiner Herkunft noch eine Rolle spielt und was Schule und freie Jugendarbeit zur Entwicklung der Demokratie beitragen. Interkulturelle Erziehung und Demokratiepädagogik sind bei uns in ihrer heutigen Ausprägung ohne die Phänomene der Einwanderungsgesellschaft und ohne die gesellschaftlichen Umbrüche des wiedervereinigten Deutschlands nicht denkbar. Viele Initiatoren der ersteren kommen aus der Migrationspolitik und haben mit Einwandererdiskriminierung und Flüchtlingsschicksalen einschlägige Erfahrungen gesammelt. Der Ruf nach Demokratiepädagogik seinerseits ist erst nach den fremdenfeindlichen Exzessen in der frisch geöffneten DDR-Gesellschaft so richtig laut geworden.

Wenn man die Kompetenz-Tableaus der beiden übereinanderlegt, so ergibt sich in Vielem sogar Deckungsgleichheit: in einer heterogenen Gesellschaft gelingende Beziehungen zu pflegen und an den Institutionen der Freiheit selbstbestimmt mitzuwirken, so etwa könnte das *gemeinsame Credo* von interkultureller und Demokratie-Erziehung lauten. Die Kompetenzen, die dazu nötig sind, sind nicht nur Vehikel auf dem Weg zu einer humanen Weltordnung, sondern auch Bollwerke gegen den Fundamentalismus in allen seinen Spielarten: wer sich die OECD-Schlüsselkompetenzen¹ anschaut, wird feststellen, dass es möglich ist, kulturübergreifend und ohne Rückgriff auf abendländische Vorbilder das zu definieren, was die Menschen² zu einem guten Leben brauchen.

¹ D.S. Rychen & L.H. Salganik (eds.): Key competencies for a successful life and a well-functioning society. (2003) www.oecd.org/edu/statistics/deseco

² entscheidend ist hier der Plural, vgl. Hannah Arendt: Was ist Politik? Aus dem Nachlass herausgegeben von Ursula Ludz. München 1993. S. 9 ff.

Aber wenn dem so sein sollte, warum arbeiten dann die interkulturelle Erziehung und die Demokratiepädagogik relativ eigenständig nebeneinander her? Warum wird man dann, in der täglichen Praxis, das Gefühl einer Sollbruchstelle zwischen beiden nicht los?

Die Crux der Differenz

Versuchen wir einen Ansatz zur Erklärung. Die interkulturelle Erziehung integriert in ihr Konzept nicht nur ein positives Verhältnis zur kulturellen, religiösen und ethnischen Vielfalt. Sondern sie definiert die Freiheitsrechte ganz wesentlich über den Ausdruck der Differenz *in* der Vielfalt. Und in der Tat: in großen Gemeinwesen muss es die Möglichkeit eines solchen Selbstaudrucks geben. Den hat, in politisch zahnloser Form, die DDR sogar ihren Sorben zugestanden und diese zur emsigen Folklore verpflichtet. In den siebziger Jahren fiel einem dazu Tibet ein, später die Kurden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war fester Bestandteil aller linken politischen Programme; die aufmüpfigen Korsen, Bretonen und Basken waren die Lieblinge jeder progressiven Romanistin - was sie genau forderten, war eigentlich gar nicht so wichtig. Es gab, in jenen Jahren der politischen Bewegungsromantik, zumindest in der alten Bundesrepublik geradezu einen Jahrmarkt des Kulturalismus. „Small is beautiful“ galt nicht nur der Ökologiebewegung als griffige Kurzformel für das lebensweltlich Wünschenswerte.

Als die Jugoslawen nach Titos Tod entdeckten, dass sie „eigentlich“ Serben, Kroaten oder Bosnier waren und sich wenig später ein völkermörderisches Schlachten³ Bahn brach, versetzte das dem naiven westeuropäischen Kulturalismus einen gewaltigen Dämpfer. Und es sollte leider nicht der letzte Krieg bleiben, in dem das Motiv der Herkunftsdifferenz seine destruktiven Kräfte entfaltete. Huntington hat in seinem „Clash“-Buch darauf hingewiesen, wie viele kriegerische Konflikte seit der Zeit der Afghanistan-Intervention der Sowjetunion unter kulturell-ethnisch-religiösen Vorzeichen losgetreten wurden.⁴

In friedlichen Zeiten und in einer stabilen politischen Ordnung kann kulturelle Differenz leichter ausgelebt werden. Niemand muss ständig mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen und sich den friedensstiftenden Gehalt von Art. 3.3 vergegenwärtigen. Es gibt Gegenden exzessiver kultureller Differenz, zum Beispiel Hamburg-Ottensen, das von seinen Bewohnern genau wegen dieser Differenz geschätzt wird; und wem es hier zu bunt wird, der zieht halt weg. Umgekehrt können viele Ottenser mit eindeutig deutschem Hintergrund dennoch *nur hier* leben - es gibt eben noch andere Dimensionen menschlicher Diversität.

Dennoch ist die Differenz-Problematik der Kern eines Streits, den die Demokratiepädagogik und die interkulturelle Erziehung miteinander führen müssen. Diese Problematik hat eine verfassungsrechtliche und eine globalpolitische Seite, die hier jeweils kurz skizziert werden sollen.

³ Übrigens auch ohne ethnische Differenz. Die mörderische Selektion erfolgte teilweise anhand von Ausspracheeigenheiten der Opfer!

⁴ Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York 1997. p. 38, 216, 275 ff.

Kulturalität als Besonderung

Der *verfassungsrechtliche* Aspekt ist dem interkulturellen Bereich eigentlich gar nicht so fremd. Denn die Frontstellung zwischen Kulturalismus und Menschenrechts-Universalismus ist spätestens dort in den internen Debatten deutlich geworden, wo sich radikale Wortführer mit Migrationshintergrund als Verteidiger von kulturellen Praktiken entpuppten, die mit den Emanzipationsvorstellungen ihrer Zuhörer zu offenkundig kollidierten.

Aber in Wirklichkeit stellt sich die Grundrechtsfrage noch viel elementarer. Es gehört nämlich zum Selbstverständnis jedes demokratischen Verfassungsstaats, von der Herkunftsbesonderung zu abstrahieren, und zur Tugend jedes Demokraten, auf der Straße und anderswo über die unveränderlichen Herkunftsmerkmale des ihm Begegnenden hinwegzusehen. Nach der Herkunft zu fragen, ist - auch im Alltag - ein Tabu, zu dessen Erkämpfung die Europäer durch fünfhundert Jahre Krieg und Elend gegangen sind. Wahrscheinlich ist es deshalb das größte historische Sakrileg unserer „Ausländerpolitik“ gegen den modernen Verfassungsstaat, dieses Tabu durch staatliche Sonderung durchbrochen zu haben und sich in inhumanen Verfahren der Herkunftsfeststellung immer weiter zu verstricken. Dennoch gilt bisher, dass Bayern in Hamburg das gleiche Recht auf Zugang zu einem öffentlichen Amt haben wie Ostfriesen; und diese Praxis wird durchgehalten. Wir können über dies Letztere schmunzeln, weil der Gedanke daran, dass es womöglich einmal anders kommen könnte, in der Europäischen Union zum Glück so fern liegt. Und das Fatale in Titos Jugoslawien war wohl, dass es dort - analog zu unseren Ostfriesenwitzen - nichts Vergleichbares gab, außer hinter vorgehaltener Hand; und Vater hatte seine alte Beretta auf dem Schrank liegen.⁵

Unter *globalpolitischem* Gesichtswinkel stellt sich die Frage nach der kulturell-ethnisch-religiösen Differenz radikal neu, und erschreckend - so erschreckend, dass die ganze pädagogische Gemütlichkeit aufgescheut wird. Die Differenz wird zum politischen Faktor und tritt gewissermaßen selbst auf die Bühne. Und: ihre Träger und Verkünder politisieren von sich aus die verschiedenen Aspekte der Herkunft.

Demokratie im Fadenkreuz

Das Neue an der Weltlage ist nicht allein die Heraufkunft einer internationalen islamistischen Bewegung, die keineswegs nur den politischen Ordnungen des Westens, sondern auch der westlichen Gesellschafts- und Lebensform den Krieg erklärt. Das Neue daran ist auch, dass sich eine interkontinentale Allianz gegen die Demokratie formiert - aus alten Diktaturen und neuen totalitären Bewegungen⁶. Auch in Deutschland wird die Demokratie lauter als früher in Frage gestellt - von politischen Extremisten und religiösen Fanatikern. Dieser Herausforderung muss sich jede humane und freiheitliche Pädagogik stellen - ob sie nun auf die interkulturelle Dimension einen besonderen Schwerpunkt legt oder nicht.

⁵ Slavenka Draculić: Krieg! In: Josip Furkes / Karl-Heinz Schlarp (Hg.): Jugoslawien: Ein Staat zerfällt. Reinbek 1991. S. 9.

⁶ Die Freundschaftsbekundungen zwischen den Führern Irans, Koreas und Venezuelas lassen sich kaum mit ethnischen, religiösen oder kulturellen Gemeinsamkeiten erklären. Hitler war übrigens hinsichtlich der Abstammung seiner militärischen Bündnispartner auch großzügiger als man hätte annehmen können.

Anders ausgedrückt: das Feld, auf dem die interkulturelle Erziehung arbeitet, wird durch den Außendruck von Akteuren und Tatsachen im Großraum der Politik politisiert. Die Gegenstände, mit denen sie zu tun hat, werden aufgeladen. Ein Paradigma dafür ist das Kopftuch. Auch wenn ich aus Gründen der Staatsräson für die Duldung des Kopftuchs bin, kann ich an Orhan Pamuks Polemik gegen die „Fundamentalistenfahne“, die der politische Islam den Frauen aufzwingt, nicht vorbeigehen.⁷ Die Pädagogik wird in einen Strudel politischer Deutungen und Selbstbekenntnisse hineingerissen, die - ähnlich wie in rechtsextremistisch dominierten Jugendmilieus - ganz andere, viel kämpferischere Kompetenzen erfordern als in den ruhigeren Zeiten, die hinter uns liegen. Und zwar sowohl von Pädagogen als auch von Jugendlichen. Verständnis für das Fremde ist nach wie vor angesagt - das gehört zur Kompetenz des Perspektivenwechsels -, ist aber etwas ganz Anderes als Einverständnis. Neu gelernt werden muss in kulturellen und religiösen Fragen die Kunst, nein zu sagen. Es ist jedoch wesentlich leichter, der Meinung eines Gegenübers zu widersprechen als seine Lebenspraxis in Frage zu stellen.

Dennoch ist - nicht zuletzt unter dem Eindruck des 11. 9. 2001 - unter den Praktikern und Profis der interkulturellen und interreligiösen Erziehung ein Umdenken⁸ im Gange, das die Auseinandersetzung mit religiös verbrämten Ideologien erleichtert. Dazu haben u. a. folgende Erfahrungen beigetragen:

- Der romantisierende Kulturalismus mit seiner Akzeptanz gegenüber allen Erscheinungsformen fremder Kulturen ist in die Kritik geraten, weil er in der Vergangenheit zu offenkundig menschenrechtsfeindliche Traditionen und Gesellschaftsstrukturen bagatellisiert oder ausgeblendet hat.
- Der Patriarchalismus bestimmter Einwandererkulturen kollidiert zu eindeutig mit den Werten der Frauenemanzipation und der Strategie des Gender Mainstreaming.
- Lehrerinnen erleben Respektlosigkeit von Seiten junger „Machos“ aus patriarchalischen Kulturen.
- Muslimische Schülerinnen „verschwinden“ zwangsverheiratet - oder „halb freiwillig“ an einen fremden Mann verheiratet - in das Herkunftsland ihrer Familie.
- Unter muslimischen Mädchen wird über den Wert der Jungfräulichkeit vs. sexuelle Selbstbestimmung gestritten.
- Einwandererkinder der dritten Generation entdecken mitten in der postmodernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bei sich eine Religiosität⁹.
- Die aufgeklärte Trennung von Kirche und Staat muss gegen den Allmachtsanspruch einer Ideologie verteidigt werden, die Religion und Politik gleichsetzt und Religion als totalitäres Herrschaftsinstrument benutzt („Gottesstaat“).
- Gewalthandlungen von Jugendlichen, wie im letzten Jahr vor einer Schule in Hamburg-Jenfeld, werden im Einzelfall explizit mit einem religiösen Motiv begründet.

⁷ Orhan Pamuk: Schnee. München 2005.

⁸ Die folgenden Ausführungen gehen auf den Erfahrungsaustausch im Referat Gesellschaft am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg, besonders im Gesprächskreis „Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft“ zurück.

⁹ „Es geht um Religiosität, nicht um Religion. Atta kannte nicht einmal die genauen Begräbnisregeln der Muslime“, sagt dazu Dr. Jan Cremer vom Deutschen Orientinstitut (im Gespräch mit dem Verf. am 21. 9. 06)

An diesen heute viel diskutierten Konfliktthemen lässt sich der Außendruck, den die unfriedlicheren Zeiten auf die interkulturelle Erziehung ausüben, leicht erkennen. Im Unterschied zu früher muss sich eine aufgeklärte Pädagogik mit politisierten Kulturphänomenen auseinandersetzen. Im Unterschied zu früher muss sich auch die interkulturelle Erziehung mit der Verteidigung von Praktiken auseinandersetzen, die u. a. gegen Artikel 4, 9, 10, 12 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen, also gegen so elementare Bestimmungen wie das Diskriminierungsverbot, das Recht auf Eheschließung, das Verbot der Sklaverei und die Gedanken- und Religionsfreiheit.¹⁰

Kollektivismus ohne Stalin

Neu - und gesellschaftspolitisch hochbrisant - ist vor allem der Vortrag eines kollektiven Geltungsanspruchs für alle Mitglieder einer Herkunftskultur oder Religionsgemeinschaft. Hier zeigt sich nun auch, dass der frühere Diskurs über kulturelle Differenz - der ja bis dato ohnehin ein betreuerischer Diskurs ohne politische Subjekte war - die Fatalität des Differenzbegriffs weitgehend ausblendete. Denn nie einwandfrei geklärt wurde die Frage, ob es um eine kollektive oder aber um die individuelle Differenz geht. Nie geklärt wurde, welche kollektiven Rechte aus kollektiver Differenz abgeleitet werden dürften und ob ein so abgeleitetes kollektives Recht auch gegen abweichende Mitglieder der betreffenden Community durchgesetzt werden dürfe (dann natürlich auch mit den *Mitteln* jenes Rechts). Haben wir etwa, ohne es zu wollen, durch den Differenzdiskurs die Entstehung eines Rechtsverständnisses begünstigt, demzufolge herkunftsspezifische Gruppen Sonderzonen speziellen Rechts schaffen dürfen? Der Vorwurf, Parallelgesellschaften zugelassen zu haben, nähme sich - bei der Offenheit und Pluralität der postmodernen Gesellschaft - dagegen fast milde aus.

Gehen wir von der Makro- auf die Meso-Ebene, in die kleinere Einheit, dorthin, wo sich individuelle Identität an kulturellen Rahmenvorgaben entwickelt. Zum Beispiel in der Familie oder in der Peer Group. Eine Zeitlang war das Grundmuster, durch Bewusstmachung der eigenen Herkunft und durch Aneignung des kulturellen Erbes der Familie zu einer stabilen Persönlichkeit zu werden, in der Pädagogik ziemlich weit verbreitet. Diese Grundorientierung war ein pädagogischer Reflex auf die wahrgenommene Nichtanerkennung der Einwandererkultur durch die aufnehmende Gesellschaft. Identität, so lautete das Rezept, entsteht durch einen klaren Kulturbezug, muttersprachlichen Unterricht und das Kennenlernen der elterlichen Religion. „Zwischen den Kulturen“ zu stehen, galt als Defizit - als Nachteil für das Kind von Einwanderereltern.

Die Geister, die wir riefen

Inzwischen erleben wir in den Jugendkulturen eine Explosion der Selbstethnisierung auch ohne pädagogische Beihilfe. Das heißt: Anstelle der demokratischen Abstraktion von (nicht gewählten) Zuordnungsmerkmalen gibt es eine regelrechte Rückwärtsbewegung zu Rasse, Religion und Geschlecht - mit einem düsteren „Wertekanon“ aus Faustrecht, Ehre, Treue und weiblicher Unterwerfung. Die Grundmuster ähneln denjenigen des Rechtsextremismus auf verblüffende Weise. Sie sind in ihrer politischen Wertigkeit kriegerisch, despotisch und exklusiv - und sie liegen klar in Konflikt

¹⁰ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten des Europarats vom 1.11.1998

mit den Menschenrechtsnormen einer demokratischen Republik. Es sind „mörderische Identitäten“.¹¹

Selbstverständlich hat das die auf Herkunftsbewusstmachung setzende Pädagogik nie gewollt. Aber authentisch war sie selber von Anfang an nicht. Einen klaren traditionellen Kulturbezug - und seien es auch nur jene 50 Werke, die jeder gebildete Deutsche gelesen haben müsste -, z. B. Plattdeutsch als Pflichtfach und evangelischen Religionsunterricht hätte der norddeutsche Herkunftspädagoge selber weit von sich gewiesen. Er nahm für sich selber in Anspruch, in der wabernden Postmoderne ein ständig wechselndes Plätzchen einzunehmen - als Peugeotfahrer, Saunabesucher und Jazzhörer zum Beispiel. Aber dass aus der Ambiguität das Positive kommen könnte, hat er nie geglaubt.

Und doch ist es so. Es ist vielleicht die Ambiguitätstoleranz, also das heiter-gelassene Aushaltenkönnen von Ungewissheiten, die den freien Menschen vom Fundamentalisten unterscheidet. Sehnsucht nach endgültiger Gewissheit - ob als religiöse Heilsgewissheit, tausendjähriges Reich oder bedingungslose Gefolgschaft - lässt sich nicht in ein humanes, freiheitliches Politikkonzept integrieren und sollte daher auch nicht mit kulturellen Weihnen ausgestattet werden. Amin Maalouf hat in seinem Buch dargestellt, wie sich die tausend Widersprüche der gegenwärtigen Weltgesellschaft durch das Individuum ziehen, und er definiert Identität eben nicht qua Herkunft, sondern unter dem Gesichtspunkt der Einzigartigkeit: „Meine Identität ist der Grund, warum ich mit keinem anderen Menschen identisch bin.“¹² Als arabischer Christ und in Frankreich lebender Libanese erinnert er uns mit seiner Herkunft daran, dass Auswanderung und Freiheitssuche oft miteinander zu tun haben.

Pädagogik fühlt sich dem jungen Menschen verpflichtet. Demokratiepädagogik heißt, sich der individuellen politischen Freiheit des jungen Menschen verpflichtet zu fühlen. Interkulturelle Erziehung kann sich - vielleicht - in friedlichen Zeiten darauf beschränken, den Völkerfrieden durch kulturelle Bildung und kulturellen Austausch zu festigen.

In unfriedlicheren Zeiten, im Kulturkonflikt hingegen muss sie politisch Farbe bekennen.

Kurt Edler (10. 5. 2007)

Der Artikel ist vorgesehen für die KOMMUNE - Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Ausgabe 3/07.

¹¹ Amin Maalouf: Mörderische Identitäten. Frankfurt/M. 2000.

¹² a.a.O. S. 14

